



Chance für historische Verantwortung ergreifen

Am 13. Juni 2007 wurde im deutschen Bundestag der Antrag der Fraktion der Linken zur „Anerkennung und Wiedergutmachung der deutschen Kolonialverbrechen im ehemaligen Deutsch-Südwestafrika“ in einer halbstündigen Debatte abgehandelt und zur Weiterbehandlung an die Ausschüsse verwiesen. Am 5. März 2008 wurde der Antrag im federführenden Auswärtigen Ausschuss (nicht-öffentlich) behandelt. Weil sich die Politik bislang um eine angemessene Antwort drückt, hat die *Informationsstelle südliches Afrika* (issa) erneut Stellung zum Problem der Wiedergutmachung der deutschen Kolonialverbrechen in Namibia bezogen. In ihrer Erklärung unterstreicht die issa die Dringlichkeit der Wiedergutmachung.

Die issa-Erklärung wurde von zahlreichen Institutionen, darunter auch KOSA, und Einzelpersonen unterzeichnet und gibt damit die Auffassung eines breiten Spektrums in der deutschen Öffentlichkeit wider. Organisationen wie Einzelpersonen können den Aufruf anfordern und unterschreiben: *issa, Königswinterer Str. 115, 53227 Bonn, 0228-464369, issa@comlink.org*

Geld stinkt nicht

Der staatliche südafrikanische Stromkonzern *Eskom* plant den Bau neuer Kraftwerke. Ein entsprechendes Konsortium steht unter der Federführung der *NEPgroup*, der marktführenden Beratungsfirma in der Elektroindustrie Südafrikas. Mitglieder des Konsortiums sind die südafrikanischen Firmen *Shanduka* von Cyril Ramaphosa und *Bigen Africa* sowie die deutsche *Lahmeyer International*. Die Berufung von Lahmeyer hat einiges Rauschen im Blätterwald Südafrikas ausgelöst. Die Firma hatte sich eine Beteiligung am Hochlandwasserprojekt in Lesotho durch Bestechung gesichert und wurde deswegen in den 1990er Jahren zu 10,6 Mio. Rand Strafe verurteilt. Lahmeyer verlor 2004 die Revision, das Strafmaß wurde auf 12

Mio. Rand (damals 1,2 Mio. Euro) erhöht. Die Weltbank setzte daraufhin Lahmeyer auf die schwarze Liste und schloss sie für sieben Jahre von Weltbank finanzierten Aufträgen aus. Die Bank überlegt nun, die Strafzeit um vier Jahre zu kürzen, weil sich Lahmeyer kooperativ gezeigt habe. Das Hochlandwasserprojekt war ein Projekt der damaligen Apartheidregierung. Die Weltbankfinanzierung lief unter dem Falschetikett Lesotho-Hochlandwasserprojekt. Lahmeyer war eine der vielen deutschen Firmen, die von der Apartheid profitierten.

Rheinmetall übernimmt Denel

Der deutsche Munitionshersteller *Rheinmetall* hat mit 51 Prozent die Mehrheit beim südafrikanischen Waffenhersteller *Denel-Munitions* übernommen. Rheinmetall stellt Geschosse und Treibsätze aller Kaliber her und beliefert vor allem Nato-Staaten; Denel beliefert Märkte in Lateinamerika sowie im Nahen und Fernen Osten. Rheinmetall hat von 1977 bis 1979 Geschosshülsen und eine Munitionsabfüllanlage an das Apartheidregime geliefert und damit gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz und das Außenwirtschaftsgesetz der Bundesrepublik verstoßen. Die verantwortlichen Manager wurden im Mai 1986 zu Bewährungsstrafen und Geldbußen verurteilt. *Leseempfehlung:* B. Morgenrath/G. Wellmer, Deutsches Kapital am Kap, Hamburg 2003

Lesenswert:

Uwe Hoering: Agrar-Kolonialismus in Afrika Hamburg 2008

Selbstbestimmte Lösungen können die Probleme von Afrikas Landwirtschaft lösen. Doch sie sind gefährdet, wenn es dem Kartell von Wirtschaft, Politik und Entwicklungsagenturen gelingen sollte, Vorstellungen einer „Grünen Revolution“ durchzusetzen. *Das Buch (10,00 €) ist zu beziehen bei: Forum Umwelt und Entwicklung, Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn; 0228-359704, b.oehmen@forumue.de*

Termine:

Südafrika – Land der Kontraste 7. bis 11. April 2008 Georg von Vollmar Akademie, Schloss Aspenstein

Ein Seminar über die Kultur und (Widerstands-)Geschichte Südafrikas, über die Aufarbeitung der Vergangenheit und der deutsch-südafrikanischen Beziehungen früher und heute.

Nähere Informationen:

Schloss Aspenstein, Am Aspensteinbichel 9-11, 82431 Kochel am See. Tel: 08851-780; vollmar-akademie@t-online.de

Grenzen und Übergänge

Gemeinsame Konferenz der Vereinigung von Afrikawissenschaften in Deutschland und der Schweizerischen Gesellschaft für Afrikastudien

Basel und Freiburg 14.-17. Mai 08

Die Tagung beschäftigt sich mit der ökonomischen, politischen, sozialen und kulturellen Bedeutung von Grenzen und Übergängen in Afrika.

Programm unter: www.vad-ev.de

Anmeldungen:

afrika-tagung@unibas.ch

Impressum / Herausgeber

Koordination Südliches Afrika
KOSA e.V.
August-Bebel-Str. 62
D-33602 Bielefeld
Tel.: 0521-98648-51
Fax: 0521-63789
kosa@kosa.org / www.kosa.org

Konto

1019894500 SEB AG
BLZ 380 101 11

V.i.S.d.P., Redaktion, Layout

Hein Möllers, Lothar Berger

Koordination:

Christoph Beninde

Redaktionsschluss:

18.03.2008

Druck:

KDR, Bielefeld

INFORMATION

Koordination Südliches Afrika e.V.

Stopp der Rekolonisierung Afrikas! Aktionsaufruf afrikanischer NRO gegen EPAs

Wir, zivilgesellschaftliche Organisationen von Bauern, Arbeitern, Frauen, von religiösen und studentischen Gruppen und Organisationen, rufen unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger auf, ihren Widerstand gegen die Selbstbedienungs-Freihandelsabkommen zu verdoppeln, die unter der irreführenden Bezeichnung „Wirtschaftspartnerschaftsabkommen“ (EPAs) laufen, die Europa den afrikanischen, karibischen und pazifischen Ländern (AKP) aufzudrängen sucht und die Wirtschaften dieser Länder zerstören werden.

Am Jahresende 2007 hat Europa manipulative und erpresserische Taktiken angewandt, um afrikanische Regierungen zu so genannten „Interimsabkommen“ zu zwingen. Als sich abzeichnete, dass kein regionaler Block den Forderungen zustimmen würde, wiederbelebte die Europäische Kommission mit Unterstützung ihrer Mitgliedsstaaten die Taktik „Teile-und-Herrsche“.

Europa bediente sich dabei der Tatsache, dass einige Exportsektoren aus historischen Gründen weitgehend vom europäischen Markt abhängig sind. Mit Drohungen, diesen Marktzugang zu versperren und die Exportsektoren in ein Chaos zu stürzen, ging Europa rücksichtslos über den regionalen Verhandlungsprozess hinweg und drängte zu bilateralen Verträgen mit einzelnen Staaten. Diese Interimsabkommen zeigen das wahre Gesicht Europas. Die Abmachungen sind klassische Freihandelsabkommen, die eindeutig Europas

kommerziellen und globalwirtschaftlichen Interessen dienen. Alle Behauptungen, sie förderten die Entwicklung Afrikas und die regionale Integration, haben sich als falsch erwiesen. Ferner hat Europa die Umstände dazu ausgenutzt, in die Interimsabkommen Zusatzklauseln einzuführen, die bisher nicht Gegenstand der Verhandlungen waren. Diese Klauseln dienen dazu, diese Länder tiefer in Europas Agenda einzubinden und davon abzuhalten, andere Optionen und Beziehungen in einer sich ändernden Weltordnung zu überprüfen. Damit wird der Raum für eine eigenständige Politik eingeschränkt, Arbeitsplätze zu schaffen, den Lebensunterhalt abzusichern und eine gerechte wirtschaftliche Entwicklung und

regionale Integration zu verfolgen. Die Interimsabmachungen zeigen schonungslos, dass Erwartungen auf zusätzliche Finanzierungen illusorisch sind. Die Verhandlungen 2008 werden diesen Prozess verstärken. Europa wird darauf hinarbeiten, die Interimsabkommen mit all ihren zerstörerischen Bestimmungen so schnell wie möglich endgültig zuzubinden. Das ist ein klarer Bruch mit den Voraussetzungen, unter denen sie provisorisch eingegangen wurden – nämlich vornehmlich als Mittel, um einem möglichen Einspruch der WTO zuvorzukommen und eine Neuverhandlung aller umstrittenen Punkte zu erlauben. Ferner hat Europa erheblichen Druck auf die afrikanischen Regierungen ausgeübt, die Verhandlungen auch auf den Dienstleistungssektor auszudehnen und verbindliche Regelungen für Investitionen, Wettbewerbspolitik und öffentliche Vergaben einzugehen. Solche Regelungen nehmen afrikanischen Regierungen das Recht, Investitionen so zu steuern, dass sie Afrikas eigener Entwicklung dienen. Heute wird deutlicher denn je: Die EPAs dienen Europa als Hebel, die fundamental ungleichen Beziehungen zwischen Europa und Afrika zu verfestigen. Von Afrika aus gesehen ist das nichts anderes als eine Rekolonisierung. Um so dringender stellt sich nun die Aufgabe, dass sich die Menschen in Afrika und ihre Bündnispartner zu einer Aktion vereinen, um diese Agenda zu Fall zu bringen.



NRO-Protest im September 2007 gegen EPAs in Berlin.

Foto: Carsten Wilde/wildephotograph.de



Wahltag in Simbabwe

Am 29. März 2008 wird in Simbabwe gewählt. Das Augenmerk wird dabei vor allem auf die Wahl des Präsidenten gerichtet sein. Doch gleichzeitig werden Parlament, Senat und Kommunalräte gewählt. Für diese vier Wahlen ist nur ein Tag angesetzt.

Staatspräsident Robert Mugabe hatte Ende Januar 2008 den Wahltermin ohne Absprachen mit der Opposition festgesetzt, die eine Wahlverschiebung forderte, um die Voraussetzungen für faire und freie Wahlen zu schaffen. Der Vermittler im Simbabwe-Konflikt, Südafrikas Staatspräsident Thabo Mbeki, hatte sich noch wenige Tage zuvor zuversichtlich gezeigt, dass eine einvernehmliche Lösung zwischen den Kontrahenten kurz bevorstehe. Mugabes Alleingang ist eine Schlappe für Mbeki. Die bis dahin einzige ernsthafte Konkurrenz für Mugabe, die oppositionelle *Movement for Democratic Change* (MDC), hat ihre Spaltung in die Flügel um Tsvangirai und Mutambara nicht überwinden können und geht auch bei den Wahlen getrennte Wege. Die einsame Entscheidung Mugabes ist auch eine Quittung für die Uneinigkeit der Opposition.

Makoni wirft Hut in den Ring

Ein klares Spiel für Mugabe, so schien es. Doch dann warf Simba Makoni den Hut in den Ring und gab am 5. Februar seine Kandidatur für das Präsidentenamt bekannt. Makoni kommt aus der regierenden Zanu-PF und bekleidete in der ersten Regierung Mugabes verschiedene Ministerämter, ehe er 1984 bis 1994 der erste Generalsekretär der Regionalgemeinschaft SADCC wurde. Als 2000 die Wirtschaftskrise in Simbabwe Fahrt aufnahm, berief Mugabe Makoni zum Finanzminister. Er wurde jedoch wegen Differenzen nach 18 Monaten wieder gefeuert. Makonis Kandidatur im Februar kam überraschend. Er tritt nur für die Präsidentschaftswahlen an. Eine eigene

Partei gründung hat er nicht ins Auge gefasst. Nach Meinung von Beobachtern hat die Kandidatur Makonis die politische Landschaft in Simbabwe umgekrempelt. Die Meinungen über ihn als Politiker gehen jedoch weit auseinander. Für die einen ist er der Hoffnungsträger für den Wandel, andere dagegen halten sein politisches Gewicht und seine Gestaltungskraft für zu gering, um das Land wieder auf Trab zu bringen, er sei eher ein unpolitischer Technokrat. Einige vermuten gar einen Schachzug Mugabes hinter der Kandidatur, die Opposition zu spalten und Dissidenten des eigenen Lagers nicht in das der Opposition zu treiben.

Wahlausgang erstmals offen

Makoni wurde sofort nach der Bekanntgabe der Kandidatur aus der Partei ausgeschlossen. Unklar bleibt, ob er auf eine nennenswerte Zahl von Dissidenten in der Zanu-PF zählen kann. Immer wieder werden prominente Parteimitglieder genannt, die mehr oder weniger offen in das Makoni-Lager geschwenkt seien. Die Meldungen ließen sich nicht bestätigen. Makoni wird vom Mutambara-Flügel der MDC unterstützt. Mutambara verzichtet auf eine eigene Kandidatur. Tsvangirai dagegen tritt an. Mit der Kandidatur Makonis ist der Ausgang der Präsidentschaftswahl offen. Für seine Wahl benötigt der Präsident die absolute Mehrheit. Wird diese von keinem Kandidaten erreicht, müssen die beiden Bestplatzierten sich einer Stichwahl stellen. Kaum ein Beobachter rechnet mit der notwendigen Mehrheit bereits im ersten Wahlgang. Das wäre eine Schlappe für Mugabe und könnte Bewegung in die festgefahrene Politik bringen. Es würde sich damit bestätigen, was sich etwa in Südafrika und Namibia abzeichnet: Veränderungen kommen unter den gegebenen Verhältnissen aus den inneren Zirkeln der Macht.

Hein Möllers

„Oft wissen wir nicht, woher sie kommen“ Krise in Simbabwe – Fluchtpunkt Südafrika

Die Krise in Simbabwe und ihre Folgen für Südafrika war Thema einer Tagung, die auf Einladung des *Mainzer Arbeitskreises Südliches Afrika* (MAKSA), des *Zimbabwe Netzwerk e.V.* und der *Koordination Südliches Afrika* (KOSA) vom 29. Februar bis 1. März in der Ökumenischen Werkstatt Bethel stattgefunden hat. Seit seiner Gründung 1972 hat der MAKSA als eine der kleineren kirchlichen Anti-Apartheid-Gruppen das ausgeprägte Talent, Themen anzusprechen, die entweder noch nicht einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich sind oder außerordentlich politisch umstritten waren (Anti-

die ökonomische Krise seit Ende der 1990er Jahre mit einer wachsenden Inflationsrate, die zu Beginn 2008 über 100.000 Prozent erreicht hat; - eine Arbeitslosenrate von 80 %; - und schließlich die Folgen der Aids-Problematik, die 1,6 Millionen Aids-Waisen hinterlassen hat. Innenpolitische Maßnahmen haben die Existenz Tausender vernichtet. Allein mit der Operation "Murambatsvina" wurden 2005 ca. 700.000 Familien aus den städtischen Townships und aus dem informellen Sektor und Kleinhandel vertrieben. Flucht ist für viele Menschen die einzige Überlebenschance.



V.l.n.r.: Christoph Beninde, Simone Knapp, Antje Manfroni und Johanna Kistner. Foto: Christian Hohmann

Rassismus-Programm des WKR). Diese Tradition wurde auch sichtbar bei dem Thema Migration. „Der Befreiungskampf in Simbabwe war hierarchisch organisiert“, betonte Christoph Beninde vom Welthaus Bielefeld zu Beginn der Tagung. Dies sei eine der Ursachen für den undemokratischen Wandel in Simbabwe, der jetzt im Machtkampf Robert Mugabes einen Höhepunkt finde. Als Begründung für die wachsende Flüchtlingsproblematik in Simbabwe nannte Beninde verschiedene Entwicklungen: - die missglückte Landreform und die politische Willkür bei der Landreform; - die Dürreperioden;

Nach Schätzungen haben drei bis vier Millionen Simbawer das Land verlassen und sind vor allem nach Südafrika, Botswana und Großbritannien geflohen. Die Auswirkungen dieser dramatischen Entwicklung sind für Südafrika deutlich zu spüren. Darüber berichtete Johanna Kistner. Sie leitet als Psychologin in Sophiatown das psychosoziale Beratungszentrum *Regional Orsmond Counselling*

(ROCS). Seit 1990 kommt eine wachsende Zahl von Flüchtlingen in die Innenstädte. Unter den Flüchtlingen gibt es laut Kistner sehr viele Kinder, die aus der DR Kongo, Ruanda, Burundi, Angola und heute zunehmend aus Simbabwe nach Südafrika kommen, viele ohne ihre Familien. „Oft wissen wir nicht, woher sie kommen“, sagt Johanna Kistner. Wöchentlich kommen 6.000 Simbawer über die Grenze und werden mit Razzien wieder in ihr Land zurück transportiert. Ca. 1-2000 Flüchtlinge finden - meist illegal - Unterschlupf in Südafrika.

Besondere internationale Aufmerksamkeit erhielt das Schicksal von 1.500 Simbawern, die in der *Central Methodist Church* von Johannesburg Zuflucht gefunden hatten. Spannungen in der Gemeinde und unter den Flüchtlingen sorgten Mitte Februar für eine Polizeirazzia, über 500 wurden verhaftet, darunter aber nur 15 „Illegale“. Ausländerfeindlichkeit wird zu einem zunehmenden Problem in Südafrika. Viele der Flüchtlinge haben eine bessere Qualifikation als die Einheimischen und werden so zu einer Bedrohung für die südafrikanischen Arbeitssuchenden.

„Heimatlosigkeit ist nicht nur ein Thema von Flüchtlingen und Migranten, sondern auch von Kindern und Jugendlichen, die ihren Vater nicht gekannt haben und deren Mutter gestorben ist“, berichtete Antje Manfroni, die als Psychologin das *Ekupholeni Mental Health Centre* in Katlehong bei Johannesburg leitet. Für diese Kinder und Jugendlichen, die kaum wissen, wie sie materiell überleben können, beginnt das Trauma, wenn sie sich wie Erwachsene um ihre sterbenskranken Eltern kümmern müssen. Das Fazit des Seminars: Ohne eine Lösung der Krise in Simbabwe wachsen die Probleme im Fluchtpunkt Südafrika, über dessen politische Lage Simone Knapp von der Kirchlichen Arbeitsstelle Südliches Afrika (KASA) berichtete.

C. Beninde und Christian Hohmann

Fotoausstellung des KKM: Riqueza e Pobreza Armut und Reichtum

Die Ausstellung ist das Ergebnis eines Jugendfotoprojekts mosambikanischer und deutscher Partnerschulen. Die Ausstellung kann ausgeliehen werden. Es gibt eine Farbbroschüre mit Fotos und Texten zur Ausstellung. Sie kostet 3,00 € plus Versandkosten. Broschüre und Ausstellung können bestellt werden beim: *Koordinierungskreis Mosambik* 0521-124742; *kkm@kkmosambik.de*

Deshalb fordern wir:

- die abgeschlossenen Interimsabkommen für null und nichtig zu erklären;
- Verhandlungen über Dienstleistungen, Investitionen, geistiges Eigentum, Wettbewerb, öffentliche Vergaben und andere neue Fragen zu unterlassen, um die Souveränität in diesen Fragen auf nationaler und regionaler Ebene sicherzustellen;
- eine Rückbesinnung auf unsere eigene Entwicklungsagenda, die auf nationalen Prioritäten in konsolidierten Regionalgemeinschaften in Afrika gründet;
- den Aufbau jeder Beziehung zwischen Afrika und Europa auf unserer Entwicklungsagenda und die Prinzipien der Nicht-Reziprozität, des Rechts auf Schutz unserer heimischen und regionalen Märkte und unserer wirtschaftlichen Souveränität. Wir rufen die Regierungen, die kein Abkommen unterzeichnet haben, auf, mit den Unterzeichnerländern zusammenzuarbeiten, um die Interimsabkommen doch noch abzuwenden. Weiter fordern wir die Regierungen auf, die Abkommen paraphiert haben, sie nicht zu unterzeichnen, andernfalls müssen die Parlamente die Ratifizierung verweigern. Uns selbst verpflichten wir zur Zusammenarbeit mit unseren Regierungen, wenn es darum geht, gerechte Beziehungen zu Europa einzugehen, die unsere Souveränität und eigenständige Entwicklung schützen. In Europa und anderen Teilen der Welt rufen wir die Organisationen der Zivilgesellschaft auf, ebenfalls die europäischen Freihandelsabkommen zu bekämpfen und somit ihre aktive Solidarität mit unserer Kampagne „Stopp den EPAs“ unter Beweis zu stellen. **Stopp EPAs!** **Stopp der Rekolonisierung Afrikas!** *Kapstadt, 23. Februar 2008*